

DIE RÜCKKEHR DER DÄMONEN

Die fehlende Souveränität im Umgang mit der AfD beschädigt die Demokratie mehr als der Politik-Entwurf der Partei. Ein Debattenbeitrag.

TEXT CHRISTIAN SCHÜLE

Ich hege nicht die geringste Sympathie für die AfD und ihre Politik. Ich finde zahlreiche Äußerungen ihrer Vertreter/innen geschmacklos, grenzwertig, unsinnig und falsch. Ich habe keinerlei Interesse, ihr Programm zu verteidigen oder zu protegiere. Aber ich frage mich: Warum um Himmels Willen sollte man die Alternative für Deutschland dämonisieren? Erstens wertet ihre Diffamierung und Ausgrenzung die Partei auf, und zweitens demonstriert der Furor, mit dem sie verächtlich gemacht wird, einen besorgniserregenden Mangel an Sensibilität für das Prinzip des Demokratischen. Nicht der Politikentwurf der Alternative für Deutschland ist demokratiefeindlich, sondern die Hysterie, mit der etablierte Politik, klassische Medien, öffentliche Intellektuelle oder Blogs und Kolumnen hyperventilierender sozialer Netzwerke sie abwerten.

Es geht im öffentlichen Diskurs längst nicht mehr um

Präzision, Differenzierung und belastbare Empirie. Man hört nicht auf Originaltöne, reißt Interview-Sätze aus dem Zusammenhang, nimmt es nicht genau mit Denken und Sprache, wenn es dem eigenen Weltbild zuwiderläuft. So entstehen geschlossene Narrative – gestanzte Erzählungen, die eine bequeme Gesinnungsmoral transportieren. Das handelsübliche Narrativ unserer Tage lautet: Die AfD bestehe aus rechtspopulistischen Rassisten und rechtsextremen Fremdenfeinden, welche die „Demokraten“ und die „demokratischen Parteien“ mit aller Macht bekämpfen müssten. Punktum. Mit dieser Lesart sind automatisch auch jene Bürger/innen und „kleinen Leute“ zu potentiellen Rechtsradikalen gestempelt, die massenhaft von der Linkspartei und der SPD in die AfD einwandern.

Nun steht die AfD – bis zum Beweis des Gegenteils – auf dem Boden der Verfassung. Eine kürzlich abgeschlossene Studie des linksnahen Göttinger Instituts für Demokratieforschung kommt zu dem Schluss, dass die AfD ausdrücklich keine systemfeindliche, auf Abschaffung der Demokratie hinarbeitende Partei sei. Es wäre also fatal, in der Alternative für Deutschland, die zur Zeit je nach Umfrage und Bundesland 10 bis 17 Prozent der

deutschen Wahlbevölkerung und damit mehrere Millionen potentieller Wähler/innen hinter sich vereint, pauschal einen Manufakturbetrieb rechtsradikaler Sottisen zu sehen. Wer raffiniert die Zonenränder zu Dunkeldeutschland absurft, ist noch kein Antidemokrat. Vielmehr ist die AfD jener neue, höchst unbequeme Faktor im System, der sich der Logik des herkömmlichen Parteiensystems nicht mehr anpasst und Komplexitätsreduktion dadurch erreicht, dass sie eine homogene Gesellschaft verspricht.

Man hat sich zu Recht über Angela Merkels Verdikt einer alternativlosen Politik echauffiert. Und nun, da sich eine Alternative zu etablieren an-

schickt, schäumt man vor Empörung. Man hat sich zu Recht darüber aufgeregt, dass niemand mehr auf die Straße geht und die Deutschen saturiert in der Komfortzone des Konsums kuscheln. Und jetzt marschieren die Höckes und Petrys, und man spuckt Gift

**„Mit Ausgrenzung und Stigmatisierung
betreibt man das Geschäft derer,
deren Geist man der Republik
ja gerade austreiben will.“**

und Galle, weil es die „falschen“ Leute mit den „falschen“ Inhalten sind. Solcherlei Doppelmoral schürt mindestens Misstrauen. Die Emotionalisierung von Politik – einerlei, von welcher Seite – kommt einer Moralisierung des Politischen als inszenierter Gesinnung gleich.

Die AfD leistet derweil clevere Kohärenz-Arbeit. Ihre Funktionsträger/innen vermitteln den Menschen in Stadt, Dorf und auf dem Land das Gefühl, gehört, verstanden und gebraucht zu werden. Sie arbeiten an einem quasireligiösen „Wir-Gefühl“ gegen die Isolation und Fremdbestimmung des Einzelnen und gegen die Entfremdung zwischen Regierten und Regierenden. Für den weitgehend flüchtlingsfreien Osten Deutschlands könnte man ein bestimmtes sozialpsychologisches Deutungsmuster zu Rate ziehen, demzufolge auf den Gebieten der ehemaligen DDR bis heute die kollektive Erinnerung an den erfolgreichen Widerstand des Volks gegen die tyrannisch-abgehobene Kaste der SED-Diktatur existiert. Viele ostdeutsche AfD-Sympathisant/innen wännen sich auch heute unter der Fuchtel einer Diktatur – durch die Zentralregierungen in Berlin und Brüssel, die über ihre Belange, Sorgen und Ängste hinweg entscheiden



Erfolg mit Zwei-Wort-Slogans: AfD-Demo im Oktober 2015. Foto: Metropolico.org (CC BY-SA 2.0)

– weswegen Ressentiments gegen eine als diktatorisch empfundene Politik auf dem Nährboden dieser normativen Widerstandserfahrung leicht zu aktivieren sind.

Sorgen und Ängste, nur weil sie dem einen oder anderen nicht passen, dürfen nicht ab- oder entwertet werden, und die Unterstellung, es gäbe für Unbehagen keinen Anlass, wäre paternalistisch und weltfremd. Millionenfacher Bürgerfrust ist kein Kinkerlitzchen, und nicht jeder, der offene Grenzen für rechtswidrig erachtet und mit kultureller Fremdheit persönliche Probleme hat, ist ein Schlechtmensch. Solcherart wohlfeile Simplifizierung funktioniert bei den hochkomplexen Sozialverhältnissen einer offenen Gesellschaft nicht mehr. Mit Ausgrenzung und Stigmatisierung betreibt man das Geschäft derer, deren Geist man der Republik ja gerade austreiben will. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist auch ein Recht auf Ablehnung. Genau hier, bei verantwortungsethischer Legalität und nicht bei gesinnungsmoralischer Legitimität, setzt der Geist liberaler Demokratie an, der die strukturelle Ambivalenz einer Gesellschaft dadurch bewältigt, dass er gegenseitigen Respekt einfordert, auch und gerade vor dem jeweiligen Gegenteil. Dissens und Kompromiss sind das Wesen von Demokratie, das Leben besteht aus Widersprüchen und unvereinbaren Extremen, und eine Demokratie muss diese Paradoxien in Prozesse übersetzen. Demokratische Kultur heißt ja doch immer: Überzeugen durch kommunikative Rationalität.

Die auf Ressentiment und Gegenressentiment basierende Dauer-Erregung trivialisiert die Auseinandersetzung auf ver-

störende Weise. Weder die politischen Eliten noch die medialen Weltdeuter sind in der Lage, mit dem rechten Rand, mit Revier-Reflexen, Verlustängsten und lange Zeit erfolgreich ignorierten National-Sehnsüchten klug und verantwortungsvoll umzugehen. Wer auf die AfD zielt, will das treffen, was längst überwunden zu sein schien: das Rechte. ‚Rechte‘ Gedanken aber – was immer genau darunter fällt – lassen sich so wenig verbieten wie ‚linke‘. In einer liberalen Demokratie kann und darf man Geisteshaltungen – solange sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen – nur durch Erklärung, Aufklärung und die Qualität der Erziehung zu sozialer Verantwortung verändern. Pardon, aber: Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden. Das muss schon für alle gelten, sonst wäre die Freiheit eine Farce und die Demokratie eine Schießbude. Wo kämen wir hin, wenn selbst Demokrat/innen den Instrumenten der Demokratie – Diskussion, Öffentlichkeit und der Kraft des besseren Arguments – nicht mehr vertrauten? /



Christian Schüle

Publizist und Literat, lehrt Kulturwissenschaft an der Universität der Künste Berlin.